

## Abschaffung des politischen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften

Der Bremische Richterbund fordert die Abschaffung des politischen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften. Schon die bloße Existenz dieser Einzelweisungsbefugnis kann den Eindruck vermitteln, staatsanwaltschaftliches Handeln könne außerhalb der Bindung an Recht und Gesetz durch politische Einflussnahme bestimmt werden. Das Weisungsrecht der Justizminister in Einzelfällen beschädigt so das Vertrauen in die Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaft und Justiz.

Denn wenn ein Justizminister eine Staatsanwaltschaft anweist, aus politischen Gründen ein bestimmtes Verfahren einzustellen, bekommt ein unabhängiger Richter dieses nie zu sehen. Auch wird die Bevölkerung in der Regel nichts von der Einflussnahme erfahren, wenn die Veröffentlichung nicht gerade politisch opportun ist.

So hat auch der Europäische Gerichtshof im Mai 2019 entschieden, dass die Staatsanwaltschaften in Deutschland wegen des externen Weisungsrechts nicht die Gewähr bieten, unabhängig von der Politik zu handeln. Sie dürfen dem Urteil zufolge keine Europäischen Haftbefehle mehr ausstellen.

Nach Ansicht des Bremischen Richterbundes kann Deutschland andere EU-Länder nicht glaubwürdig dafür kritisieren, ihre Justiz politischer Einflussnahme zu unterwerfen, solange die deutschen Staatsanwaltschaften nicht von der Politik unabhängig sind. Die deutschen Staatsanwaltschaften sollten lediglich an Recht und Gesetz gebunden sein, so wie es auch in anderen EU-Staaten der Fall ist.